



BEIRATSSITZUNG

Beiratssitzung der GdP – Hessen in Zella Schwälmer Gluthitze inklusive

Das Thermometer ließ keinen Zweifel aufkommen. Es würde mit fast 34° C, einer unbarmherzigen Hitze, die Teilnehmer der Beiratssitzung in Zella am 23. 6. 2016 begrüßen.

Aber auch diese „Affenhitze“ hielt unsere Kreisgruppen-, Bezirksgruppenvorsitzenden und die Personengruppen nicht davon ab, zahlreich vertreten zu sein.

Unser Landesvorsitzender Andreas Grün begrüßte die Kolleginnen und Kollegen, und schon ging es an die Tagesordnung.

Nach den üblichen festen Punkten hielt Andreas Grün den gewerkschaftspolitischen Bericht. Es gab einen Rückblick auf die Personalratswahlen im Mai, der in ganz Hessen unverändert positiv für die GdP ausging. In allen örtlichen Personalräten und auch im Hauptpersonalrat behält die GdP überall die absolute Mehrheit.

Ein Schwerpunkt seines Berichtes handelte naturgemäß von dem angedachten Lohndiktat von 1%, das uns ab Juli von der Landesre-

gierung zugedacht sein soll. Die GdP wird gemeinsam mit den DGB-Gewerkschaften weiter hart kämpfen, um das Lohndiktat in letzter Minute zu verhindern. Noch Ende Juni und Anfang Juli sind gemeinsame Aktionen geplant.

Die Diskussion um die Einführung von Tasern für den Streifen dienst und die damit verbundenen Voraussetzungen, aber auch Risiken wurden angesprochen. Hier soll eine lebhafte Diskussion in jeder Bezirksgruppe stattfinden, um die Meinungen der Kolleginnen und Kollegen zu erfahren.

Neben der neuen „Gewaltliga“, die im Internet eine Rangliste der Fußballvereine listet, die mit besonders harten Angriffen auf Polizisten auffallen, und dem Thema der Neueinstellung von 550 jungen Kolleginnen und Kollegen im September endete Andreas Bericht, der im Anschluss im Gremium mit zahlreichen Wortmeldungen und sachlichen Diskussionen zu den verschiedenen Punkten kommentiert wurde.



Lothar Hölzgen bei seiner Abschiedsrede

Als nächstes stellte unser Gast Markus Delnef von der GUV/Fakulta sich und seine Organisation dem Gremium vor. Die GUV/Fakulta ist eine Unterstützungseinrichtung der DGB-Gewerkschaften, die mit einem zusätzlichen „Gewerkschaftsbeitrag“ von 21 € im Jahr zusätzlich für unsere Mitglieder zu den vielen Leistungen, die bereits im GdP-Beitrag enthalten sind, wichtige Dinge absichert. Wer hier interessiert ist, sollte sich auf der Homepage der GUV/Fakulta unter www.guv-fakulta.de oder bei seiner örtlichen Bezirksgruppe über die Leistungen informieren. Sie ergänzen vorzüglich euren Schutz bei Rechtsschutz, Haftpflicht, Krankenhaustagegeld, Todesfallleistungen usw.

Nach der Mittagspause wurde unser Lothar Hölzgen nach zwölf Jahren im geschäftsführenden Landesvorstand von dem Gremium und



Gut gefüllt bei hochsommerlichen Temperaturen

Fortsetzung auf Seite 2



BEIRATSSITZUNG

Fortsetzung von Seite 1

Andreas Grün mit einem mehrere Minuten dauernden Applaus in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Andreas bedankte sich auch recht herzlich bei dessen Ehefrau Conny Hölzgen, die Lothars Verabschiedung aus dem Vorstand mit beiwohnte. Lothar stellte noch



Andreas Grün bei seinem Bericht



Neu im Landesvorstand: Karin Schäfer und Lars Elsebach

einmal heraus, dass es ihm in all den Jahren in den Ämtern der GdP großen Spaß gemacht habe, für die Kolleginnen und Kollegen kämpfen zu können. Zu allen wichtigen aktuellen gewerkschaftlichen Themen gab er dem Gremium noch gute Ideen und Vorschläge mit auf den Weg.

Lothar, vielen Dank für die Arbeit, die du in der hessischen GdP für die Kolleginnen und Kollegen geleistet hast.

Nach diesem Abschied wurde Karin Schäfer aus Frankfurt von einem gleichberechtigten Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand einstimmig zur stellvertretenden Landes-

vorsitzenden gewählt und Lars Elsebach aus Nordhessen einstimmig als gleichberechtigtes Mitglied in den geschäftsführenden Landesvorstand nachgewählt.

Euch beiden noch einmal herzlichen Glückwunsch zu eurer Wahl.

Am Ende der Veranstaltung berichteten die Personen und Bezirksgruppen aus ihren Bereichen.

Zum Glück war unser Sitzungssaal voll klimatisiert, und die mutigen GdP-Männer, die sich an diesem Tag für eine kurze Hose entschieden hatten, kamen sogar gelegentlich leicht ins Frösteln.

Stefan Rüppe



HAUPTPERSONALRAT

GdP-Kandidaten im Hauptpersonalrat



Jens Mohrherr, BePo



Ralf Humpf, HLKA



Peter Wittig, WH



Bernd Petri, PTLV

Der HPR der hess. Polizei hat sich nach den Personalratswahlen Anfang Juni 2016 neu konstituiert. Hier stellen wir unsere ordentlichen Mitglieder der Liste 1 (GdP) vor.
 Vorsitzender: Jens Mohrherr (0611 – 353 – 1770)
 Stellv. Vors.: Ralf Humpf (0611 – 83 8020)
 Stellv. Vors.: Peter Wittig (0611 – 345 1081)
 Stellv. Vors.: Andreas Grün (0170 – 2413361)
 Stellv. Vors.: Bernd Petri (0611 353 – 1772)
 Karsten Bech (0661 105 1040)
 Jörg Bruchmüller (0178 – 3109590)
 Marianne Diefenthäler (069 – 755 – 63500)
 Antonio Pedron (06151 – 969 2463)
 Karin Schäfer (069 – 755 – 81600)
 Stefan Wagner (069 – 8098 – 1302)



Andreas Grün, MH



Karsten Bech, OH



Jörg Bruchmüller, NH



Marianne Diefenthäler, FFM



Antonio Pedron, SH



Karin Schäfer, FFM



Stefan Wagner, SOH

Polizeidienstbekleidung in Deutschland

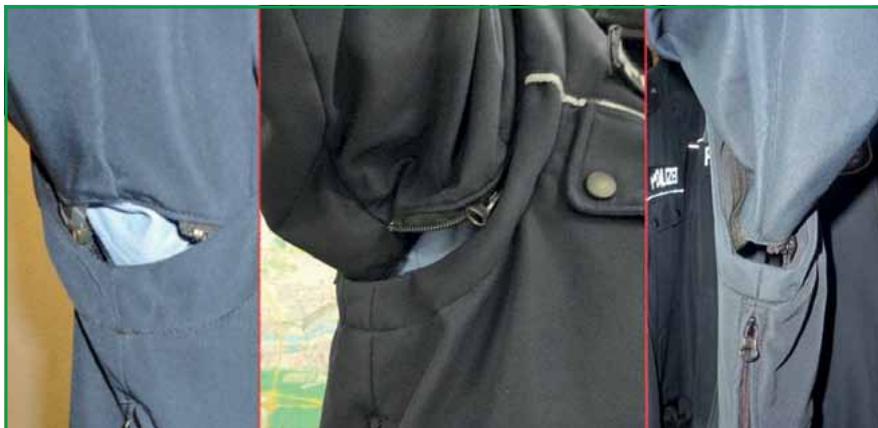
Unterschiede und Weiterentwicklungsnotwendigkeiten für Hessen (Fortsetzung)

Wie die vorangegangenen Artikel (Teil 1 bis 3 erschienen im Landesteil Hessen der „Deutsche Polizei“, Nr. 9-2015, 10-2015 und 4-2016) bereits thematisiert haben, ist die blaue Uniform in Hessen nach begründeter Auffassung des Verfassers nicht adäquat auf den operativen Polizeidienst zugeschnitten. Davon sind bedauerlicherweise auch die Jacken betroffen.

Die Gründe dafür sind so schlicht wie gravierend: Wie schon thematisiert wurde, ist der bewährte Leder-blouson in Hessen seit mehreren Jahren leider nicht mehr bestellbar. Der bisherige Winteranorak war viel zu lang geschnitten, sodass er für operativ tätige Kräfte relativ untauglich war, da kein ausreichender Zugriff auf die Führungs- und Einsatzmittel mehr gewährleistet wurde. Überdies belastete er durch ein zu hohes Eigengewicht und behinderte beim Sitzen im Funkstreifenwagen. Mangels tauglicher Alternativen bleibt unter praktischen Gesichtspunkten somit oft nur noch das Tragen der Windjacke übrig, wie man auch im Winter sehr anschaulich erkennen kann. Daher soll dieses Bekleidungsstück nun in Bezug auf die Funktionalität näher betrachtet werden.

Teil 4: Windjacke

Die Windjacke stellt bei der hessischen Polizei, wie eingangs erwähnt, vom Schnitt her leider die einzig halbwegs sinnvolle Jacke für die Verwendung in der operativen Dienstverrichtung dar. Eine taugliche Alternative, wie beispielsweise der im Kooperati-



Reißverschluss-Achsel

onsbundesland Rheinland-Pfalz existente Lederblouson, fehlt.

An der Windjacke sind bei genauerer Betrachtung Verbesserungen notwendig, die diese aufwerten und Schwachpunkte beseitigen würden. Anzumerken ist dabei, dass mit der erst kürzlich erfolgten Übernahme der Jackenausführung aus Rheinland-Pfalz unverständlicherweise lediglich marginale Veränderungen einhergingen. Die teilweise auch dort analog zu Hessen vorhandenen Mängel wurden dabei nicht nur beibehalten, sondern Schwächen des hessischen Modells zu allem Überfluss auch noch übernommen.

So überlappt auch hier die Jacke weiterhin die am Gürtel getragenen Führungs- und Einsatzmittel. Genau wie bei der alten hessischen Version ist daher zu erwarten, dass sich die Uniformträger den unteren Jackenabschluss weiterhin nach innen umklappen bzw. zusammenraffen müssen, um einen besseren Zugriff darauf zu haben (Bild 1).

Im Fokus stehen aber insbesondere auch die, mittels Reißverschlüssen angebrachten, abnehmbaren Ärmel, welche die Trageweise als Weste ermöglichen. Inspirier-

ung bot hier offenbar die Outdoorjacke der Uniformkooperation des Nordverbundes.

Während das eigentliche Konzept dieser Outdoorjacke (kurz: multifunktionale Dienstjacke mit einem längeren „Outerjacket“ und einem blousonartigen kurzen „Innerjacket“) unberücksichtigt blieb, beschränkte man sich in Hessen und Rheinland-Pfalz ausschließlich auf die Übernahme der abnehmbaren Ärmel. Da dies offenbar keiner spezielleren Funktion der Windjacke geschuldet ist, könnte man daraus schließen, dass es sich lediglich um eine entbehrliche Spielerei handelt. Optisch ist diese Trageweise zum einen nicht so ansprechend, dass sie sich für den repräsentativen Außendienst eignen würde, zum anderen werden im Streifendienst bereits Westen, nämlich die Schutzwesten, getragen. Demnach ist die Idee, eine zusätzliche Weste über einer Schutzweste (unter der sich die Wärme ohnehin staut) zu tragen, nicht schlüssig, da lediglich die Extremitäten Gefahr laufen auszukühlen. Dem entgegenzuwirken wäre wiederum Oberbekleidung mit Ärmeln notwendig.

Auch hier sollte man also die Augen nicht vor den realen Begebenheiten verschließen und einen Blick auf die Trägerschaft werfen. Das Tragen der Windjacke als Weste wird deutlich sichtbar nicht angenommen und schlimmer noch: Diese Tragevariante wird sogar belächelt, wie Gespräche mit Kollegen immer wieder zeigen. Das stellt die Existenzberechtigung dieser Funktion klar infrage, da sich ein uni-



Jackenklett



UNIFORM



Rückenschild deformiert

formales Kleidungsstück auch am Gros der Trägerschaft und ihren tatsächlichen Bedürfnissen orientieren muss.

Ferner stellen die Reißverschlüsse Schwachstellen dar, da sich diese während des Tragens oft selbstständig aufziehen und dadurch im Achselbereich ungewollt große Öffnungen entstehen (Bild 2). Dieser Umstand steht wiederum im Widerspruch zur beabsichtigten Wind- und Wasserdichtigkeit des Bekleidungsstückes. Auch die potenzielle Defektanfälligkeit spricht gegen diese überflüssigen Reißverschlüsse.

Nicht zuletzt im Hinblick auf die Herstellungskosten dürfte ein Verzicht auf dieses für die Polizei sinnlose Gimmick angebracht sein.

In der Praxis operativer Einheiten erweist sich auch die Ausführung der ausklappbaren bzw. mittlerweile anklettbaren Rückenbeschriftung „POLIZEI“ als schlecht gelöst. Dies betrifft den Winteranorak gleichermaßen, da auch hier der Schriftzug nach dem Ankletten auf dem Rücken nicht fixiert werden kann (beispielsweise ebenfalls mittels Klett). Dies sorgt auf der Straße bei Windböen für ein ungewolltes Flattern oder Umklappen. Außerdem ist dadurch die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass das Schild beim Niederlassen auf einen Sitz im Funkstreifenwagen verknickt (Bild 3) oder im Ernstfall von einem Delinquenten leicht ergriffen und daran gerissen werden kann.

Hier bestand die Hoffnung, dass sich dieses Problem durch die gestartete Umstellung auf die universale Klett-Flausch-Variante bzw. die Übernahme

des neuen, rheinland-pfälzischen Modells (dort waren die Schriftzüge fest aufgebracht) erübrigt haben könnte. Die Gestaltung hätte alternativ analog der hessischen Einsatzanzugsjacke, nämlich fest angeklebte, ausfallen können. Intelligent und praxisbezogen wurde das z. B. bei den Dienstjacken in Nordrhein-Westfalen umgesetzt (Bild 4). Diese Chance wurde in Hessen nun allerdings erneut ver-

tan. So wirkt die Windjacke weiterhin, als wolle sie gar keine Uniformjacke, sondern nur eine Ziviljacke sein, bei der man lediglich bei Bedarf die Schriftzüge provisorisch trägt. Dabei sollte im Hinblick auf eine klare Erkennbarkeit und die Eigensicherung das Gegenteil geboten sein.

Die Kollegen aus Rheinland-Pfalz, welche vor der Uniformkooperation über fest fixierte (aufgedruckte) Schriftzüge verfügten, werden dies wahrscheinlich ebenso als schlecht bewerten.

Es ist also festzustellen: Die Windjacke sollte dringend überarbeitet und verbessert werden.

Die unsinnige Möglichkeit und Schwachstelle der abnehmbaren Är-

mel gilt es zu beseitigen, da die Trageweise als Weste zum einen deutlich sichtbar nicht angenommen wird und zum anderen für eine Polizeiuniform eher albern als seriös wirkt. Außerdem ist es, auch im Hinblick auf die variierende Unterbekleidung, einem einheitlichen Erscheinungsbild unzutraglich.

Wie in Teil 2 zum Thema Strickjacke schon behandelt, werden hier ebenso die vielfach beobachteten, tatsächlichen Wünsche und Bedürfnisse der Dienstbekleidungsträger schlichtweg ignoriert. Dabei müssten die Entscheidungsträger auch hier und erst recht im Hinblick auf eine polizeilich sinnvolle Ausgestaltung dringend kritisch reflektieren/hinterfragen sowie zu entsprechenden Rückschlüssen kommen. Erst recht der offensichtlich fehlende praktische Nutzen sollte im Mittelpunkt stehen.

Optisch aufwertend (aber viel entscheidender natürlich: für die Erkennbarkeit und Eigensicherung praktisch sinnvoll) ist zudem, den Rückenschriftzug künftig fixieren zu können, damit die Schrift jederzeit gut ablesbar ist und im alltäglichen Gebrauch nicht Gefahr läuft, abgerissen, verknickt und unnötig beschädigt zu werden. Es handelt sich also nicht nur um einen kosmetischen Aspekt, sondern sollte alleine schon aus ökonomischen Gründen auch im Interesse des ausstattenden Dienstherrn liegen.

Die einfachste Lösung wäre hier ein simpler zusätzlicher Klett-Flausch-Streifen. Eine Uniformjacke sollte schließlich auch wie eine solche gestaltet sein und nicht wie eine zweitklassige „Flatterjacke“ einer Bürgerwehr wirken.

Nils Döring



Windjackenschnitt



Zumutungen

Unserem Planeten und **uns wird viel zugemutet**. Erde, Wasser, Luft leiden unter Schäden. Selbst wir müssen uns vieles zumuten, um existieren zu können. Was aber der Umwelt und uns zu oft angetan wird, ist nicht klug, oft nicht nötig oder vertretbar, häufig jedoch völlig unangemessen und schädigend.

Leben ist nun mal Existenzkampf. Wer nicht leiden will, muss sich ernähren und kleiden, hat viel zu lernen und zu leisten. Selbstschädigung vermeidet nur, wer sich anpasst, Rücksicht nimmt und Tausende geltender Regeln beachtet. Doch manche Menschen belasten sich leichtfertig. Sie übertreiben es sichtbar mit Kalorienzufuhr und Bewegungsmangel. Rache nimmt auch ein Körper, dem Nikotin, Drogen und Alkohol nicht bekommen. Darüber hinaus **mutet man uns zu**, an Werbe- und Wahlversprechen, an Statistiken, Gerechtigkeit und Heilwirkungen zu glauben und Dogmen **nicht anzuzweifeln**. Werbung suggeriert Bedürfnisse, die kritisch Denkende als Verführungsversuche klugerweise ignorieren. Wer möglichst wenig enttäuscht werden will, muss prüfen, darf zweifeln und sollte Verlockungen widerstehen. Selbstdisziplin ist ein guter Schutzwall. Durch klares Denken lassen sich Gefühle durchaus beherrschen. Gegen Konkurrenten und Neider hilft gesundes Selbstbewusstsein. Wenn jeder sich so verhalten und handeln würde, wie er es von anderen erwartet, könnten Gesellschaften mit viel weniger Vorschriften, Ängsten und Ärger friedlich leben. Leider machen es konträre politische und religiöse Ansichten, Erziehung und Bildung, aber auch persönliche Schwächen nahezu unmöglich, nach diesem grundlegenden ethischen Prinzip zu leben.

Nach Diktatur und Krieg konnte kaum jemand die mit der Chance zum friedlichen Wiederaufbau verbundenen **Plagen als Zumutung empfinden**. Ausgebombte, Vertriebene und Flüchtlinge (Deutsche!) waren mit Einheimischen trotz Schmalkost (Lebensmittelkarten!) und Bezugscheinwirtschaft froh, **schuftend für eine hoffnungsvolle Zukunft sorgen** zu können. Aufbauleistungen halfen, den Verlust von Angehörigen, Freunden, Haus und

Heimat zu überwinden. Geld für Luxus und Reisen war so knapp, wie Zeit für Vergnügungen. Wenige noch oder wieder vorhandene Fahrzeuge verursachten kaum Unfälle und keine Staus. Kommunale und staatliche Polizei verfügten nur eingeschränkt über Fernmelde- und sonstige technische Hilfsmittel. Ihre Dienste konnten sie ohne Sonderausrüstungen in normaler Dienstkleidung verrichten. Polizisten genossen Achtung und Respekt. Widerstandsprobleme hatten Seltenheitswert.

Erst als die gröbsten Existenzsorgen überwunden waren, interessierten und engagierten sich immer mehr für politische Aktivitäten und Einkommensfragen. Parteien, Gewerkschaften und Vereine gewannen Mitglieder. Medienvielfalt, Mobilisierung und technischer Fortschritt motivierten zu kreativen Handlungen. Mit dem Wechsel von der Reichs- zur D-Mark und zum Euro wurden uns u. a. **höhere Preise** für Waren und Kosten für Mieten, Dienstleistungen, Gebühren und Beiträge **zugemutet**. Immer mehr fühlten sich benachteiligt und begannen aufzumucken. Regeln und Zustände, die **als Zumutung empfunden** werden, provozierten zunehmend konträre Meinungen und Aktionen. Agiert und demonstriert wird gegen Urheber. „Ausbaden“ muss es **die Polizei als „Prügelknabe der Staatsgewalt“**.

Von Einstellungsvoraussetzungen bis zu Einsatzfolgen hat sich das Berufsbild der Polizei gravierend verändert. Als „Freund und Helfer“ versah der Schutzmann seinen Dienst ohne **Schutzausrüstung** und Pfefferspray. Nach Studentenunruhen, Hausbesetzungen, Bandenterror, von Chaoten missbrauchten Veranstaltungen und Demonstrationen mussten Schutzleute bewegungshinderliche Schutzausrüstung tragen, um friedliche Bürger schützen zu können – **eine sichtbare Zumutung**. Rückblickend war auch die dienstgradlose, zweifarbige **Kombination** eine reinigungsintensive, **ersatzbedürftige Zumutung**. Polizisten wurde zwar qualifizierende Ausbildung mit höheren Eingangssämtern geboten, aber steigende Einsatzbelastungen mit teilweise schlimmen Folgen zugemutet.

Was jedoch **Sparmaßnahmen** des Landes **der Polizei und Bevölkerung zumuten**, übertrifft bisherige Belastungen. Hessen als (reiches) Geberland im Länderfinanzausgleich bietet seinen Beamten **weniger Einkommen bei längerer Wochenarbeitszeit** als (arme) Nehmerländer. Zu den Nachteilen gehören: **geringe Polizeidichte** (pro 100.000 Einwohner nur 226 Beamte – andere Länder bis zu 366 Beamte), **Planstellenkürzungen, Nullrunde** statt Anpassung an tarifliche Gehaltssteigerungen, **Kürzung** bei der Beihilfe, **Begrenzung** der Einkommenssteigerungen auf ein Prozent, **zwei Wochenstunden mehr** als in den meisten Bundesländern. Derartige **Motivationsvernichter** stehen im eklatanten Widerspruch zur Schutz- und Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Dennoch erfüllen die Betroffenen ihre Dienstpflicht – in Einzelfällen bis über ihre **Belastungsgrenze**. Mehr als drei Millionen **Überstunden** und die damit verbundenen hohen **physischen und psychischen Belastungen** führen bei überdurchschnittlich vielen zur **Dienstunfähigkeit**. Teilweise 70 Wochenstunden und teilweise über 230 Überstunden bei Betroffenen sind Auslöser unerwünschter Folgen. Durchschnittlich 20 Prozent Erkrankte belasten noch Dienstfähige zusätzlich.

Beleidigungen, Kränkungen und Respektlosigkeit, Hasstiraden und offene Feindseligkeit gegenüber Staat und Sicherheitskräften sind alarmierende Signale für Gesetzgebung und Rechtsprechung. Durch **Widerstand und Angriffe mit Brandsätzen, Knüppeln und gefährlichen Gegenständen** wurden bei der hessischen Polizei 2013 bis zu 750 und 2014 bis zu 788 Schutzleute verletzt. 2015 wurden 1277 Fälle registriert. Vier Beamte verloren seit 1. 9. 2000 im Dienst ihr Leben. Bei solchen Folgen verliert auch ein Rechtsstaat Vertrauen und Wähler.

Wer möchte **bei derartigen Zumutungen noch Polizist werden? In den Medien thematisierte Belastungen und Gefahren im Polizeidienst** und attraktive Stellenangebote der Wirtschaft bereiten der Hessischen Polizei **erhebliche Nachwuchsprobleme**. Auch freie Heilfürsorge und höhere Anfangsgehälter locken Bewerber in andere Länder. Aber erleichterte



ESSAY

Einstellungs- und Ausbildungsanforderungen würden die Gefahr bergen, der Bevölkerung weniger leistungsstarke Schutzkräfte zuzumuten.

Die Flut von Asylbewerbern hat schon bestehende Probleme für Sicherheitsgaranten erheblich verschärft*. Sogar **pensionierte** Beamte wurden **reaktiviert**. Aus Not und Lebensgefahr in unsere Freiheit Geflohene erleben im Zeitraffer, was sich Deutschen nach dem Krieg geboten hat. Nach Überwindung von Unterdrückung und Not bietet Handlungsspielraum verführerische Möglichkeiten, Bedürfnissen nachzugeben. Von anderen Kulturkreisen geprägten Menschen fällt es aber offensichtlich sehr schwer, ihr Verhalten an unseren Rechtsnormen zu orientieren. Druck-, Ton- und Bildmedien bieten täglich Schlagzeilen und schockierende Berichte über Angriffe auf und Straftaten durch Migranten. Beispielgebend wirken Links- und Rechtsex-

remisten, Chaoten und Hooligans. Sicherheit ist unverzichtbares Grundrecht. Wer ihm und seinen Garanten Schaden zufügt, muss zur Rechenschaft gezogen werden.

Quelle unvertretbarer Zumutungen ist offensichtlich ein Verhaltenskodex, der mit 206 Formulierungen Ungläubigen (nicht Muslimen) Gewalt und Tod androht. Auch Männern vorbehalten Herrschaftssysteme sind mit unserem Grundgesetz unvereinbar. Verwunderlich ist daher, dass **Hetzschrift und Entrechtung** der Weiblichkeit erst nach strafbarem Handeln justiziabel werden.

Zugereiste, die sich den Integrationsbemühungen beharrlich widersetzen und/oder ihre Prägung durch Eltern, Unrechtssystem und Religion hier ausleben wollen, erreichen selbst bei freiwilligen Helfern skeptische Distanz. Feindseligkeiten sind nicht auszuschließen.

Es ist nicht hinzunehmen, dass Migranten hier veranstalten, was in ihrem Herkunftsland üblich ist (Ehrenmorde u. dgl.). Wer sich unseren Rechtsregeln nicht, beugen will, hat kein Recht hier zu leben*.

Eine Fortsetzung der in Teilbereichen unerträglichen Zumutungen für die Polizei kann chaotische Ausmaße annehmen. Nur Gesetzgeber, Dienstherrn und Rechtsprechung können dieser Entwicklung Einhalt gebieten. Parlamentarier, die bereit wären, einen Einsatz (in Schutzkleidung) oder Schichtdienst mitzumachen, würden nötige Neuregelungen sicher beschleunigen.

**Gerhard Kastl,
Januar 2016**

*Deutschland im Blaulicht – Notruf einer Polizistin. Das Buch von Tania Kambouri empfiehlt sich als Pflichtlektüre für Politiker, Juristen und Journalisten.

GdP-FORDERUNGEN

GdP zum Landeshaushalt 2017

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist ein grundlegender verfassungsrechtlicher Anspruch der Bürgerinnen und Bürger. Diese Aufgabe wird maßgeblich durch die Polizei wahrgenommen, die dadurch wie kaum ein anderer Bereich im öffentlichen Fokus steht.

Mit Blick auf die jüngste Vergangenheit wurde der signifikante Stellenabbau bei der Polizei teilweise korrigiert und es ist eine Erhöhung der Einstellungszahlen festzustellen. Diese Maßnahme kann die erheblichen Personalvakanz bei den Vollzugs-, Fach- und Verwaltungsbeamten sowie im Tarifbereich der Polizei jedoch nicht vollumfänglich ausgleichen.

Die derzeit vorhandenen Planstellen bei der Vollzugspolizei sind zur Bewältigung der vollzugspolizeilichen Aufgaben bei Weitem nicht ausreichend. Die Planstellen, die als Ausgleich der beabsichtigten Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden vorgesehen sind, sind zu gering bemessen, da damit in den Dienst-, Ermittlungsgruppen und Kommissariaten die Arbeitszeitreduzierung nicht aufgefangen werden kann.

Die Bemessung der benötigten vollzugspolizeilichen Stellen muss

sich an den bestehenden Kriminalitätsformen sowie den allgegenwärtigen Gefahren des internationalen Terrorismus ausrichten. Hinzu kommt die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, die die Bundesländer und damit die Polizei der Länder vor immer neue Herausforderungen stellt.



Auch für den Bereich der Cybercrime (Always-on-Cyberhome-Industrie 4.0) werden zusätzliche Stellen benötigt, weil hier in den nächsten Jahren nach Einschätzung von Interpol die größten Herausforderungen für die Polizei weltweit liegen werden.

Für den Bereich der Vollzugspolizei fordert die GdP als eine Mitgliedsgewerkschaft im DGB des-

halb auch in den kommenden Jahren eine erhöhte Ausbildungsrate. Es muss sichergestellt werden, dass alle Personalabgänge – seien es Pensionierungen, Kündigungen oder Personen, die das Bachelorstudium nicht bestehen – umgehend und damit im Verhältnis 1:1 durch Neueinstellungen ersetzt werden. Um durch die etwa zehn Prozent Studienabgänger keine Vakanz entstehen zu lassen, halten wir eine dementsprechende Aufstockung der Einstellungszahlen für erforderlich.

Der im Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen festgeschriebene Stellenabbau von 1800 Stellen, der auch und gerade in der Polizeiverwaltung (147,5 Stellen) stattfindet, muss gestoppt und korrigiert werden. Die bereits weggefallenen Stellen im Verwaltungsbereich bei der Polizei müssen dringend wieder geschaffen und schnellstmöglich wieder besetzt werden.

Die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten in 2015 und die einprozentige Gehaltssteige-

Fortsetzung auf Seite 8



Fortsetzung von Seite 7

rung für die Jahre bis 2019 muss ebenfalls rückgängig gemacht und rückwirkend ausgeglichen werden. Diese Vereinbarung im Koalitionsvertrag empfinden die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger allesamt als eine Nichtwertschätzung ihrer geleisteten Arbeit. Hessen ist das einzige Bundesland, das seinen Beamtinnen und Beamten eine so hohe Belastung aufbürdet. Die Mehrzahl der Vollzugsbeamtinnen und -beamten befindet sich in der Besoldungsgruppe A 10. Aufstiegschancen sind so gut wie keine vorhanden. Das letzte Hebungsprogramm mit Schwerpunktsetzung auf Beförderungen in die Besoldungsgruppe A 10 hatte keine strukturellen Verbesserungen zur Folge. Schlimmer noch: Im Eingangssamt A 10 werden Tausende von Polizeivollzugsbeamten dauerhaft perspektivisch keine Möglichkeit erhalten, ein berufliches Fortkommen mit den damit einhergehenden Beförderungen für sich in Anspruch nehmen zu können. Wir fordern ein Hebungsprogramm für die Polizei

(auch der Fach- und Verwaltungsbeamten) mit den Schwerpunkten in den Besoldungsgruppen A 11, A 12 und A 13 (Ausschöpfung der Stellenplanobergrenze).

Ein Problem ist auch, dass die im Zusammenhang mit den zahlreichen nach Deutschland geflohenen Menschen geschaffenen Stellen und Beförderungsmöglichkeiten nicht auf Dauer angelegt sind. Sie sind im Haushalt mit einem Vermerk versehen mit der Maßgabe einer späteren Prüfung, ob die Entscheidungsgrundlage für ihre Einrichtung noch vorhanden ist. Andernfalls sind diese ab dem Jahr 2020 wieder zurückzuführen, was auf längere Zeit keine Beförderungen bei der Polizei mehr ermöglicht.

Zu beachten ist auch, dass sich Zuständigkeiten der tariflich beschäftigten Polizisten aufgrund der vielschichtigen Aufgaben der Vollzugspolizei ebenso quantitativ als auch qualitativ verändert haben. Die langjährige Forderung der Gewerkschaft der Polizei nach einem eigenständigen Berufsbild des „Polizeifachangestellten“ und der damit einhergehenden deutlichen verbesserten Eingruppierung muss endlich umgesetzt werden.

Die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ist stetig gestiegen und hat mittlerweile in der Anzahl der Fälle einen bedauerlichen Höchststand erreicht. Auch fallen die Angriffe gegen Polizistinnen und Polizisten im Durchschnitt heftiger aus. Damit einher gehen langfristige negative gesundheitliche Folgen für die Vollzugsbeamtinnen und -beamten.

Um dem entgegenzuwirken, müssen Fürsorgemaßnahmen optimiert werden – dies gilt insbesondere für die seit Jahren geforderten Vorsorgekuren für den Vollzug.

Die Polizeibeamtinnen und -beamten in Hessen haben die längste Wochenarbeitszeit aller vergleichbaren Polizeien der Länder und des Bundes. Die Zahl der Mehrarbeitsstunden steigt seit Jahren an und befindet sich deutlich oberhalb von drei Millionen Überstunden. Aber auch die Einführung des Lebensarbeitszeitkontos (LAK) mit den einhergehenden angesparten Stunden stellt die Polizei vor unlösbare Aufgaben. Ein einfaches Beispiel kann dies veranschaulichen: In 24 Monaten hat ein unter 50-jähriger Beamter für sechs Wochen Freizeitausgleich angespart. Die Freizeitphasen müssen von den restlichen Beschäftigten aufgefangen werden, wodurch diese wieder über Gebühr belastet werden. Um diesen Teufelskreis aufzubrechen, müssen dringend Regelungen geschaffen werden, die eine andere Art der Abgeltung der LAK-Stunden möglich macht. Wenn keine intelligente Lösung geschaffen wird, führt dies unweigerlich zum Personalkollaps beim Polizeivollzug.

Wir fordern für alle Polizeibesetzten wieder die 38,5-Stunden-Woche, um den Folgen durch die permanent steigenden Einsatzbelastungen entgegenzuwirken. Als einen ersten Zwischenschritt könnte wir uns die sofortige Einführung der 40-Stunden-Woche und analog zum TV-H die 38,5-Stunden-Woche für den Wechselschichtdienst vorstellen.

GdP Hessen/EG



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Markus Hüschenbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

STERBEFÄLLE

Es starben

Josef Weichand
Uwe Heilmann
Bezirksgruppe Frankfurt

Ernst Hoffmann
Kreisgruppe Bergstraße

Norbert Naber
Kreisgruppe Limburg-Weilburg

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

